

Wahlprüfsteine zur Wahl des Kreistags im Rhein-Hunsrück-Kreis 2024

Wir haben nachgefragt. Die Parteien haben geantwortet.

Die Linke

SPD

Volt

Bündnis 90/Die Grünen

21. Mai 2024

Das Solidarische Miteinander im Rhein-Hunsrück Kreis ist eine Kampagne, die im Herbst/ Winter 2022 von Mitgliedern des Frauenforum Rhein-Hunsrück gestartet wurde. Zu dem Zeitpunkt standen wir am Ende der Corona-Pandemie und erlebten seit Monaten die Folgen des Ukraine-Kriegs und vieler anderer gewaltsamen Auseinandersetzungen. Auch die Klimakrise wurde immer sichtbarer und bedrohlicher. Themen wie Armut, angesichts steigender Preise nicht nur für Energie, zunehmende Vereinsamung und Angst vor der Zukunft betreffen seit dem immer mehr die Menschen in unseren Dörfern und Städten und werden sie zukünftig noch mehr betreffen. Sorge macht uns dabei auch, dass Menschen, die sich alleingelassen fühlen, dazu neigen, nicht oder nicht demokratisch zu wählen. Auch diesen Menschen möchten wir noch sichtbarer machen, dass die bei uns kandidierenden demokratischen Parteien ihre Sorgen und Fragestellungen im Blick haben.

Kommunalpolitik ist ein wichtiger Baustein in der Gestaltung der Lebensbedingungen der Menschen bei uns in der Region. Verschiedene Parteien möchten dabei mitwirken und kandidieren für den Kreistag im Rhein-Hunsrück-Kreis. Wir Frauen des SoliMi RHK haben die demokratischen Parteien darum gebeten, die Wahlprüfsteine zu unseren Themen auszufüllen und den Wählerinnen und Wählern damit die Gelegenheit zu geben, sich ein Bild über ihre Positionen zu machen. So können wir den Wählerinnen und Wählern eine fundierte Entscheidungsgrundlage bieten. Auch möchten wir in der kommenden Legislaturperiode uns und anderen Interessierten die Möglichkeit geben, die Stellungnahmen der Parteien zu den für uns relevanten Themen zu verfolgen.

Angeschrieben wurden von uns Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, FDP, Freie Wähler, Freie Wähler Rhein-Hunsrück e. V., SPD, ÖDP sowie Volt. Wir bedanken uns bei Die Linke, der SPD, Volt sowie Bündnis 90/Die Grünen, dass sie unserer Bitte gefolgt sind und unsere Fragen beantwortet haben. Wir sind davon überzeugt, dass diese Antworten vielen Wählerinnen und Wählern dabei helfen werden, eine informierte Entscheidung zu treffen.

Wir haben die Antworten der Parteien genau so veröffentlicht, wie sie uns übermittelt wurden.

1. Frauen

Unser Statement 1.1.

Eine gerechte Verteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen ist eine Grundvoraussetzung für eine geschlechtergerechte und solidarische Gesellschaft. Erwerbsarbeit ist nur ein Teil der in der Gesellschaft geleisteten Arbeit. Der größere Anteil ist laut Statistischem Bundesamt die unbezahlte Sorgearbeit. Nach wie vor leisten Frauen den größten Teil der unbezahlten Arbeit.

Mit welchen Instrumenten gestalten sie die Erwerbs- und Sorgearbeit in ihrer Kommune/ihrem Kreis neu?

Die Linke

Da sie meist unentgeltlich geleistet wird, bleibt die Sorgearbeit unsichtbar. Auch der Aufwand, den die Menschen betreiben müssen, um Sorgearbeit und Erwerbsarbeit zu koordinieren und zu planen gerät oft nicht in den Blick und die öffentliche Diskussion. Ein Mittel, das in der Kommune zur Verfügung steht ist die Rekommunalisierung der Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie beispielsweise der Pflegeeinrichtungen. Öffentliche Daseinsvorsorge darf nicht der kapitalistischen Logik unterliegen, so kommen die erwirtschafteten Gelder den Einrichtungen direkt zugute. Ebenso wichtig ist die Ausweitung der Schulsozialarbeit, kostenloses Essen für Kinder in Kita und Schule sowie Gesundheitsvorsorge, die in den Schulalltag eingebunden ist (z. B. Schulzahnärzt*innen).

SPD

Frauen leisten immer noch den Großteil der Care-Arbeit in unserer Gesellschaft. Hierzu zählt beispielsweise neben der Kinderbetreuung auch die Pflege von Angehörigen. Wichtig für die gerechte Verteilung dieser Arbeit in den Partnerschaften ist unter anderem der weitere KiTa-Ausbau. Wir als SPD im Rhein-Hunsrück-Kreis setzen uns für den weiteren KiTa-Ausbau ein. Dieser muss, damit er unsere Kommunen nicht zu sehr belastet vom Land finanziell unterstützt werden. Hierfür werden wir uns in Mainz stark machen. Wir werden eine gesellschaftliche Debatte darüber anstoßen, wie Unternehmen dazu stehen, wenn Männer Care-Arbeit in jeglicher Form übernehmen wollen. Gemeinsam mit dem Regionalrat Wirtschaft werden wir darüber sprechen, dass es nicht zum Nachteil im eigenen Unternehmen werden darf, wenn sich auch Väter entscheiden Erziehungszeit nehmen wollen. Hier ist vor allem ein gesellschaftliches Umdenken notwendig sowie die Akzeptanz, dass Elternzeit kein „Urlaub“ ist.

Volt

Volt setzt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Dies gilt für alle Elternteile, unabhängig von Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir wollen die Rahmenbedingungen so setzen, dass alle Menschen die freie Wahl haben, wie viel Zeit sie für bezahlte Erwerbsarbeit oder unbezahlte Sorgearbeit aufbringen.

Bündnis 90/Die Grünen

Uns ist die gute Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit ein wichtiges Anliegen. Die traditionelle „Rolle“ ist dabei häufig ein Grund für die Doppelbelastung vieler Frauen. Dafür setzen wir uns kreisweit in den Gremien für Gleichstellung der Geschlechter ein. Wir zeigen das auch selbst durch einen sehr hohen Frauenanteil auf unseren Listen für die kommunalen Gremien. Wir arbeiten aktiv in der Regionalen Pflegekonferenz und als einzige Partei auch im Netzwerk Demenz mit und setzen uns da für gute Unterstützungsangebote für Pflegenden ein.

Der Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder ist für uns ein zentrales Thema. Wir unterstützen den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen. Dadurch schaffen wir Entlastung für Familien und ermöglichen beiden Elternteilen eine gleichberechtigte Teilnahme am Erwerbsleben und Entlastung von der Sorgearbeit.

In unserem Grundsatzprogramm schreiben wir auch: Wir unterstützen aufsuchende Hilfen, wie z. B. das sehr erfolgreich angelaufene Programm „Gemeindegewinn Plus“ für Ältere und das Angebot der Frühen Hilfe für Familien. Wir treten ein für geschlechtersensible Angebote und Einrichtungen, die der kulturellen Vielfalt der älter werdenden Bevölkerung und Gesellschaft entsprechen. Die Anerkennung der unbezahlten Sorgearbeit ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns für kommunale Initiativen ein, die diese Arbeit sichtbar machen und wertschätzen. Das kann durch Informationskampagnen, Beratungsangebote und finanzielle Unterstützungen geschehen.

Unser Statement 1.2.

Wir sind überzeugt: Eine Kommune mit Zukunft setzt auf ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen z. B. in Führungspositionen und handelt nach den Vorgaben durch das Landesgleichstellungsgesetz.

Wie unterstützen Sie dieses? Wo können Sie ansetzen?

Die Linke

Gleichberechtigung beginnt vor Ort. Die Linke fordert einen Beitritt des Rhein-Hunsrück-Kreises zum Europäischen Rat der Gemeinden und die Unterzeichnung der Europäischen Charta für die Gleichstellung. Dies bedeutet eine Unterstützung der Kommune bei der Erarbeitung eines Aktionsplans, in dem Gleichstellung als Querschnittsaufgabe anerkannt wird.

SPD

Die Lebensrealität von Frauen findet in der Politik und damit auch in unseren Kommunen leider an vielen Stellen noch viel zu wenig Beachtung. Wir wollen, dass Frauen genauso wie Männer wichtige Positionen, Funktionen und Ämter einnehmen können. Dies gilt unter anderem für kommunale Unternehmen und Gremien. Eine Voraussetzung hierfür ist es, dass (Ehren-)Ämter familienfreundlicher zu gestalten. Hierbei kann bei den Uhrzeiten, an denen Sitzungen stattfinden, angefangen werden, die Möglichkeit von hybriden/digitalen Sitzungsformaten muss erprobt werden und auch über Kinderbetreuungsmöglichkeiten während Sitzungen sollte ermöglicht werden. Aus diesem Grund begrüßen und unterstützen wir auch die Kreisverwaltung die seit 2003 gesteckten Ziele zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf dauerhaft umzusetzen und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, die 2015 ins Personalentwicklungskonzept geschrieben wurden. Wir werden das Amt der Gleichstellungsbeauftragten stärken.

Volt

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Menschenrecht, dessen Umsetzung noch nicht vollendet ist. Frauen erfahren noch immer strukturelle Benachteiligung, für dessen Bekämpfung sich Volt einsetzt.

Um diese Ungleichbehandlung abzubauen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Einrichtung einer Vertrauensstelle, an die sich Betroffene auch unter Wahrung der Diskretion oder anonym wenden können, wenn sie Verletzungen des Gleichstellungsgesetzes befürchten oder erkennen. bzw. sich bei Fragen dazu hinwenden können.
- Programme, die Frauen ermutigen, in Bereiche zu gehen, in denen sie unterrepräsentiert sind. Wir wollen die Frauen dort durch Schulungen, Mentoring, Netzwerken, öffentliche Kampagnen und andere Mittel unterstützen und sind der Meinung, dass in einigen Bereichen die vorübergehende Festlegung von Quoten oder die Bevorzugung weiblicher Kandidierenden während des Einstellungsprozesses dabei unterstützen kann Strukturen aufzubrechen, um neue Strukturen zu bilden, die ein gleichberechtigtes Arbeitsleben ermöglichen.
- Wir fördern Gesetze und konkrete Maßnahmen zur Bekämpfung der anhaltenden Diskriminierung von Frauen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Öffentlichkeit mehr Informationen zugänglich gemacht werden, über die statistischen Vorteile der Geschlechterparität bei politischen Entscheidungsprozessen und auch bei betrieblichen Arbeitsabläufen und etablieren Schulungen zur Überwindung bestehender Stereotypen.
- Wir wollen Politik gleichberechtigt gestalten. Dafür setzen wir uns für die paritätische Besetzung von Wahllisten ein, fordern alle politischen Parteien auf, eine paritätische Vertretung von Männern und Frauen auf ihren Kandidierendenlisten für Wahlen anzustreben und wollen Elternzeit auch im politischen Amt umsetzen, ohne die demokratischen Abläufe zu verfälschen. Dies kann es den Parteien ermöglichen, ihre Politiker*innen diverser, jünger und repräsentativer für die gesamte Gesellschaft aufzustellen. Die Europäische Kommission selbst hat erklärt, dass „formelle Quoten ein wirksames Mittel sind, um das Tempo des Fortschritts zu beschleunigen und politische Parteien zu ermutigen, die Beteiligung von Frauen anzustreben.“

Bündnis 90/Die Grünen

Wir befürworten strukturelle Verbesserungen, um Einstellungs- und Beförderungsprozesse transparent und geschlechterneutral zu machen und um Diskriminierung zu vermeiden. Auch besonders benannte Zielvorgaben für die Besetzung von Führungspositionen mit Frauen befürworten wir, um eine ausgewogenere Geschlechterverteilung zu fördern.

- Wir unterstützen Mentoring-Programme, die Frauen gezielt auf Führungsrollen vorbereiten.
- Wir arbeiten aktiv in Netzwerken für Frauen innerhalb des Landkreises mit und unterstützen die weitere Vernetzung, um den Austausch von Erfahrungen und Wissen zu erleichtern.

Unser Statement 1.3.

Sexualisierte Gewalt und andere Formen geschlechtsspezifischer Gewalt sind nach wie vor Lebensrealität vieler Frauen. Deutschland ist dem „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (sog. Istanbul-Konvention) 2017 beigetreten. Gewalt gegen Frauen ist kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Es ist Aufgabe des Staates, vor allen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Diese Verpflichtungen richten sich nicht nur an staatliche Stellen auf Bundes- und Länderebene, sondern auch auf kommunaler Ebene.*

Ist Ihrer Einschätzung nach derzeit der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt und die Unterstützung Betroffener im RHK entsprechend der Istanbul-Konvention bedarfsdeckend und angemessen garantiert oder wo sehen Sie noch Handlungsbedarf?

Die Linke

Es besteht deutlicher Handlungsbedarf, Gewaltschutz ist eine Querschnittsaufgabe.

SPD

Auf Bundes- und Landesebene wurden schon einige Verpflichtungen der Istanbul-Konvention umgesetzt. Bei der Umsetzung darf die kommunale Ebene jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Hier ist auch bei uns im Kreis noch einiges zu tun. Am plakativsten für die Thematik ist das Fehlen einer ausreichenden Anzahl an Plätzen in Frauenhäusern. Auch diesem Umstand gilt es entgegenzuwirken. Der FrauenNotruf in Simmern leistet bei der Unterstützung Betroffener Frauen, Kinder und Familien schon lange hervorragende Arbeit und muss auch weiterhin durch den Kreis (finanziell) unterstützt werden.

Volt

Nein, ist nicht angemessen garantiert.

Um die eigenen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, möchten wir in Zusammenarbeit mit höheren Verwaltungsebenen, bis hin zur EU treten und einen einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen, die Verpflichtungen der Istanbul-Konvention umfassend, umsetzen.

Wir wollen mehr Frauenhäuser schaffen, da die Frauenhäuser im Rhein - Hunsrück Kreis jetzt schon überlastet sind. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die pragmatische und unkomplizierte Unterstützung der betroffenen Frauen durch die Verwaltung. Bürokratische Hürden dürfen kein Grund sein, die eine Mutter dazu nötigt, ihre eigene und die Gesundheit ihrer Kinder zu riskieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Nein, wir sehen, trotz guter Ansätze einen Handlungsbedarf!

- Wir unterstützen Aufklärungs- und Präventionsarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen (nicht nur in Schulen) mit den Schwerpunkten Geschlechtergerechtigkeit und Gewaltprävention. Der flächendeckende Zugang zu Beratungsangeboten muss jederzeit gewährleistet sein. Schutzräume wären auch im Landkreis notwendig, um Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen sind, eine Zuflucht zu gewähren.

- Netzwerkarbeit ist wichtig, um den Austausch unterschiedlicher Institutionen und Initiativen zu gewährleisten um gewaltbedrohte Frauen und Kinder zu schützen. Wichtig sind Projekte, um diese Zielgruppen zu stärken.
- Wir setzen uns darüber hinaus für eine ausreichende Finanzierung der Präventions- und Beratungsarbeit ein.

Unterstützen Sie die Erarbeitung eines kommunalen Aktionsplans für den Rhein-Hunsrück-Kreis?

Die Linke

Ja.

SPD

Wir unterstützen die Erarbeitung eines kommunalen Aktionsplans für den Rhein-Hunsrück-Kreis.

Volt

Ja- Volt unterstützt die Schaffung eines kommunalen Aktionsplans.

Bündnis 90/Die Grünen

Unbedingt! Wir befürworten eine langfristige Betrachtung und Evaluation dieser Arbeit um strukturelle Verbesserungen zu erreichen.

Wie kann aus Ihrer Sicht ein kommunaler Aktionsplan im Rhein-Hunsrück-Kreis aussehen?

Die Linke

Ein kommunaler Aktionsplan muss beispielsweise die Vernetzung lokaler Akteur*innen, die Erarbeitung von Gewaltschutzkonzepten (Prävention) und die Etablierung von Handlungsketten, fachbereichsübergreifende Schulungen für Beschäftigte aus verschiedensten Arbeitsbereichen, Öffentlichkeitsarbeit sowie die Einrichtung einer Koordinierungsstelle beinhalten. Bereits bestehende Strukturen sollten hierfür genutzt und entsprechend ausgebaut werden

SPD

Hierzu sollte eine Bestands- und Bedarfsaufnahme, die relevante Schutzlücken in der Gewaltprävention aufzeigt, erstellt werden. Auf Grundlage dessen kann dann ein zielgenauer Aktionsplan ausgearbeitet werden, um die bestehenden Lücken zu schließen. Hierbei werden wir auch Initiativen wie den regionalen runden Tisch gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen mit einbeziehen und uns für geschlechtsspezifische Jugendarbeit vor Ort stark machen.

Volt

1. Vorbereitung und Planung

- Bedarfsanalyse und Zieldefinition
- Festlegung eines Zeitplans und Budgets
- Bildung eines Koordinationsteams

2. Bestandsaufnahme und Analyse
 - Erfassung der aktuellen Situation (Daten, Statistiken, Berichte)
 - SWOT-Analyse (Stärken, Schwächen, Chancen, Risiken)
 - Bürgerbefragungen und Workshops
3. Zielsetzung und Prioritäten
 - Festlegung spezifischer, messbarer, erreichbarer, realistischer und zeitgebundener Ziele
 - Priorisierung von Maßnahmen und Projekten
4. Maßnahmenentwicklung
 - Erarbeitung konkreter Maßnahmen und Projekte
 - Definition von Verantwortlichkeiten und Ressourcenbedarf
 - Erstellen eines detaillierten Aktionsplans mit Zeitplänen
5. Partizipation und Feedback
 - Öffentliche Konsultationen und Beteiligung der Bürger
 - Einholung von Feedback und Anpassung des Plans
6. Umsetzung und Monitoring
 - Implementierung der Maßnahmen
 - Regelmäßige Überwachung und Bewertung des Fortschritts
 - Anpassung und Optimierung der Maßnahmen bei Bedarf

Wichtig ist hierbei, dass die Erarbeitung nicht durch die Verwaltung alleine erfolgt. Auch andere staatliche organisierte Felder müssen einbezogen werden:

- Frauenhäuser
- Schulen und Bildungseinrichtungen
- Gesundheitsämter und soziale Einrichtungen
- Bürgerinitiativen und Kulturvereine
- Jugendräte, Seniorenvertretungen

Da sexuelle Gewalt oft gemeinsam mit einem Machtgefälle auftritt, ist die Einbeziehung der Kirchen und Sportvereine unumgänglich.

Durch die enge Zusammenarbeit und den Austausch mit diesen Partnern wird sichergestellt, dass der kommunale Aktionsplan umfassend, realistisch und zielgerichtet ist.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Erarbeitung eines Aktionsplan könnte sich z. B. an den Vorschlägen des Deutschen Städte- tages zur Umsetzung der Istanbul Konvention ausrichten. Dabei müsste unbedingt die Expertise lokaler Fachorganisationen, insbesondere des Frauennotrufs einbezogen werden.

Eine Vernetzung von anderen beteiligten Institutionen wie der Verwaltung, Zivilgesellschaftlicher Organisationen aber Polizei, Justiz, Gesundheitswesen müsste eine der Grundlagen der Erarbeitung eines Aktionsplans sein.

2. Familie

Unser Statement 2.1.

Wir glauben an die Bedeutung von Familien als Grundpfeiler der Gesellschaft und befürworten Maßnahmen, die Familien unterstützen und stärken. Familien können aus verschiedenen Konstellationen bestehen, darunter traditionelle Familien mit Eltern und Kindern, Alleinerziehende, Regenbogenfamilien mit gleichgeschlechtlichen Eltern, Patchworkfamilien sowie Großeltern, die Enkelkinder großziehen.

Welche konkreten Ideen haben Sie, um Familien in unserem Landkreis zu unterstützen?

Die Linke

So unterschiedlich wie diese Familienkonstellationen sind auch die spezifischen Herausforderungen. Die notwendige Sorgearbeit und deren Organisation, bezahlbarer Wohnraum, bezahlbarer und vorhandener ÖPNV, Armutsrisiken durch notwendige Erziehungszeiten sind nur einige davon. Konkrete Forderungen der Partei Die Linke sind nach wie vor eine kommunale Wohnungsgesellschaft, kostenloses Essen in Schule und Kita, Ausbau von Tagesbetreuungsstrukturen für Kinder, Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie Ausbau von Beratungsangeboten bzw. auskömmliche Finanzierung dieser. Auch die Unterstützung von Vereinen und Freizeitangebote für Kinder und Familien ist uns ein Anliegen.

SPD

Gerade die Ferienzeiten stellen viele Familien vor logistische und finanzielle Herausforderungen. Deshalb unterstützen die Ferienprogramme des Kreises und der Kommunen sowie der Kirchen und Vereine viele Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diesen wichtigen Punkt unterstützen wir weiterhin. Zudem wollen wir, dass der Rhein-Hunsrück-Kreis noch familienfreundlicher wird. Das fängt beim Bau und der Erhaltung von Spielplätzen, der Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an KiTa-Plätzen und wohnortnahen niedrigschwelligen Beratungsangeboten an und geht bis zur Ansiedlung familienfreundlicher Arbeitgeber, damit auch der Arbeitsweg für berufstätige Elternteile nicht zu lange ist und die Zeit mit der Familie verbracht werden kann. Wir unterstützen dabei Konzepte bei KiTas, die als Familienzentren gebaut werden und in denen ein generationenübergreifendes Miteinander stattfindet.

Volt

Wie in unserer Antwort auf Frage 1.1 zu erkennen ist, genießt bedarfsgerechte Kinderbetreuung bei Volt einen hohen Stellenwert. Kinder müssen aber nicht nur betreut werden, sie müssen auch teilhaben. Daher setzen wir uns für die Ermöglichung gemeinschaftlicher Betreuung (Deinstitutionalisierung), mit Schwerpunkt auf der Integration von Kindern in Gemeinschaften und die Gesellschaft im weiteren Sinne, um Abgrenzung und soziale Ausgrenzung zu vermeiden.

Wir möchten sichere Radverkehrsnetze aufbauen und eine Verbesserung des ÖPNV erreichen, um die Autonomie von Kindern <16 Jahre zu erhöhen und die Notwendigkeit von Elterntaxi und die Belastung durch diese zu reduzieren.

Kinderspielplätze sollten nicht durch die kommunale Verwaltung alleine, sondern in Zusammenarbeit mit Kindern und Eltern geplant und realisiert werden.

Volt will alternative Familienformen rechtlich gleichstellen, denn für viele Kinder ist es bereits Lebensrealität: Sofern im Interesse des Kindes, kann es mehr als zwei rechtliche Eltern haben. Typische Beispiele hierfür sind Kinder aus Patchwork Familien.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder im Rhein-Hunsrück-Kreis die besten Bedingungen für ein glückliches Aufwachsen haben. Wir fordern deshalb ausreichende und wohnortnahe Kitaplätze, einen Ausbau der Qualität und des Betreuungsumfangs, flexiblere Öffnungszeiten, die besser mit dem Lebensalltag von berufstätigen Eltern und Elternteilen vereinbar sind. Damit es den Kindern auch gut geht, muss für eine einwandfreie Mittagsverpflegung an Kitas und Schulen gesorgt werden, regional und frisch.

Generell ist es wichtig, dass bessere Anreize für Fachkräfte geschaffen werden, um mehr Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen zu gewinnen. Darüber hinaus ist die Kindertagespflege ein wichtiges ergänzendes Betreuungsangebot, das wir durch eine verlässliche und ausreichende Finanzbeteiligung des Kreises stärken wollen.

Es ist von großer Bedeutung, jedes Kind dauerhaft und stärker zu unterstützen. Insbesondere die Kinder, die schlechtere Startchancen haben. Dazu sind unkomplizierte und wirksame Unterstützungen und Hilfen für Familien zu schaffen, welche ausgebaut und auch weiterentwickelt werden müssen. Als Beispiel zählen bestimmte Streetwork-Projekte, Familienzentren oder die Kita-Sozialarbeit.

Wir GRÜNEN setzen uns für kostenfreie Menstruationsartikel an Schulen ein. Für viele junge Menschen ist die Periode ein sensibles Thema, bei welchem Hilfe von außen dringend nötig ist. Es ist erforderlich, vor allem an Schulen, Abhilfe zu schaffen. Besonders wichtig ist dies für diejenigen, die wenig Unterstützung von zuhause und Mitschüler*innen erfahren.

Die Corona-Pandemie ist wahrscheinlich an keinem Kind oder Jugendlichen spurlos vorbeigegangen: geschlossene Kitas und Schulen, fehlende soziale Kontakte. Im Alltag sind Auswirkungen der Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen noch immer festzustellen, weshalb das Jugendamt für die Aufarbeitung besonders wichtig ist. Es ist dringend notwendig, das Jugendamt weiter auszubauen und für ausreichend personelle Ausstattung zu sorgen.

Wir setzen uns ein für den Ausbau von Ferienprogrammen und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche, die auch spezifisch auf die Bedürfnisse von Alleinerziehenden und berufstätigen Eltern abgestimmt sind. Wir befürworten die Schaffung von familienfreundlichem Wohnraum auch außerhalb der häufigen Einfamilienhausstrukturen unserer Dörfer, einschließlich mehrgenerationenfreundlicher Wohnprojekte und den Ausbau von Spielplätzen und Freizeit- und Begegnungseinrichtungen, welche Familien entlasten.

Spezielle Familienkonstellationen, wie Regenbogenfamilien, Alleinerziehende u. a. wollen wir durch ein gutes Beratungsnetzwerk und Unterstützungsangebote ihre Erziehungsarbeit erleichtern. Wir befürworten auch die Stärkung von Nachbarschaftsinitiativen und niedrigschwelligen Selbsthilfestrukturen, die Austausch und gegenseitige Unterstützung und Stärkung zum Ziel haben.

3. Armut

Unser Statement 3.1.

Armut ist inakzeptabel und wir setzen uns für eine soziale Gerechtigkeit ein, die jedem Menschen ein würdevolles Leben ermöglicht.

Welche Ideen hat Ihre Partei, um die Armut in unserem Landkreis zu bekämpfen?

Die Linke

Die zweite Frage beantwortet schon die erste: Der Zugang zu Grundbedürfnissen muss sichergestellt sein. Ein wichtiges Unterfangen ist es, Armut sichtbar zu machen und ins öffentliche Bewußtsein zu rücken. In den kommunalen Parlamenten sind die Anliegen und die Lebensrealität von Armut betroffener Menschen unterrepräsentiert. Die Linke sieht sich als deren Stimme in den Parlamenten, wir müssen die Zugangshürden zu diesen Grundbedürfnissen benennen und auf Abhilfe drängen. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote müssen ausgeweitet werden. Ein großes Problem sehen wir beispielsweise in der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gerade dort, wo Infrastruktur fußläufig vorhanden ist. Die Linke setzt sich nach wie vor für die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft ein.

SPD

Ein würdevolles Leben steht jedem einzelnen Menschen zu. Erste Instrumente, um dies gewährleisten zu können, sind das Bürgergeld und die Grundrente. Als weitere Maßnahmen setzen wir uns dafür ein, dass Quoten für den sozialen Wohnungsbau bei Neubauprojekten eingeführt werden sowie die Betroffenen unbürokratische und schnelle Hilfe bekommen. Die Refinanzierung der ortsbekanntesten Beratungsstellen ist hier auch in Zukunft unabdingbar.

Volt

Volt plädiert für die Stärkung bestehender 'Garantierter Mindesteinkommensprogramme' (GMI) in der gesamten EU, zunächst mit dem zumindest bescheidenen Ziel, ein Mindesteinkommen von 40 % des entsprechenden nationalen Medianeinkommens („extreme Armut“) zu erreichen. Darüber hinaus setzt sich Volt für die Schaffung einer negativen Einkommensteuer ein. Das hört sich kompliziert an, ist aber ein einfacher Weg um die kalte Progression abzubauen, ein bedingungsloses Grundeinkommen für Bedürftige zu realisieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir befürworten Maßnahmen, welche den Ursachen und Auswirkungen von Armut begegnen. Insbesondere setzen wir uns dafür ein, dass in den Betrieben gute und faire Arbeitsbedingungen herrschen, der Mindestlohn respektiert oder überboten wird, so dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrem Gehalt leben können.

Wir unterstützen alle Initiativen zur Schaffung von Arbeitsplätzen insbesondere für Menschen mit geringer Qualifikation und Vermittlungshemmnissen, um ihnen den Zugang zu beruflicher Qualifikation zu erleichtern.

Wie möchten Sie sicherstellen, dass Menschen in prekären finanziellen Situationen Zugang zu Grundbedürfnissen wie Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung haben?

Die Linke

Siehe 3.1.

SPD

keine Antwort

Volt

Die Idee von Volt ist es, voneinander zu lernen und gute Lösungen dort umzusetzen, wo gewisse Probleme noch nicht gelöst wurden.

- Volt fordert bezahlbares Wohnen, wie in Wien (Förderung von Wohngenossenschaften und sozialem Wohnungsbau um die Marktmacht und die Spekulation durch Investoren zu begrenzen)
- Im internationalen Vergleich investiert Deutschland wenig in Bildung. Da unsere Ausbildung unsere Ressource ist, darf hier nicht weiter gespart werden. Bildung muss für die Eltern kostenlos und im internationalen Vergleich führend sein. Auf Bundes- und Landesebene setzen wir uns für eine grundlegende Reform des Bildungswesen ein, damit unsere Kinder auf die Berufswelt von Morgen und nicht weiter auf die von Vorgestern vorbereitet werden. Im Kreis setzen wir uns für kostenlosen Zugang zu Internet und Bibliotheken und eine unbürokratische Schulbuchausleihe sowie die Einrichtung einer digitalen Tauschbörse ein.
- Es muss gewährleistet sein, dass Ärzte und Kliniken im Rhein-Hunsrück-Kreis allen Patienten die notwendigen Leistungen erbringen, selbst wenn im Einzelfall trotz der Pflicht keine Krankenversicherung vorliegt. Hierzu sollte gegebenenfalls eine gemeinnützige Stiftung eingerichtet werden, die im Notfall eine adäquate Behandlung solcher Patienten mitfinanziert.

Bündnis 90/Die Grünen

Ein wichtiger Faktor für drohende Armut sind heute die hohen Kosten des Wohnraums. Wir möchten Soziale Wohnungsbauprojekte, aber auch alternative Ideen wie genossenschaftliches Wohnen oder Projekte wie „Miethäusersyndikate“ u. ä. bei uns im Landkreis etablieren. Wir haben uns schon erfolgreich für eine Erhöhung der Kosten bei der Erstausstattung für Wohnungen von Bürgergeldempfängern eingesetzt und werden ähnliche Unterstützungsleistungen beobachten und bei Bedarf eine Anpassung beantragen.

Wir setzen uns ein für kostenlose Teilhabemöglichkeiten für armutsbetroffene Kinder- und Jugendliche, Senior:innen und Senioren und Geflüchteten mit geringem Einkommen ein. Dafür unterstützen wir entsprechende Programme der Verbände und Organisationen und arbeiten auch aktiv im „Solidarischen Miteinander RHK“ mit.

Unser Statement 3.2.

Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung des Wohlstands ein, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu verringern. In den Krisen der letzten Jahre haben wir gesehen, wie Menschen konkret gefährdet sind oder zumindest besorgt sind, in die Armut zu geraten.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, Menschen in diesen Situationen zu stärken und Auswege zu zeigen?

Die Linke

Armut muss ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden, von Armut betroffene Menschen dürfen nicht stigmatisiert werden. Die Linke setzt sich für einen Soziallotsen bzw. eine Einsetzung eines entsprechenden Teams nach Vorbild der VG Simmern-Rheinböllen ein. Die Erfahrungen auf VG-Ebene müssen ausgewertet werden und das Aufgabengebiet, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Etablierung von Handlungsketten überarbeitet und angepaßt werden.

SPD

Für uns ist klar, dass das Aufstiegsversprechen gelten muss. Damit jede rund jede die Chance hierfür bekommt, muss auch die Kommunalpolitik noch näher an die Bürgerinnen und Bürger heranrücken und bei Bedarf erklären, was es an Angeboten gibt. Hier ist beispielsweise das Qualifizierungschancengesetz zu nennen.

Volt

Einrichtung einer Stelle für eine oder mehrere Personen auf Kreisebene, eventuell in Zusammenarbeit mit der Initiative "Gelobtes Land", deren Funktion es ist, die existierenden Möglichkeiten zu kennen und besorgte Bürger*innen entsprechend ihrer Situation zu beraten. Hinzu sollten bürgernahe Projekte kommen, die es Menschen ermöglichen, kostengünstige und kostenlose Angebote (z. B. via Kleinanzeigen) auch zu nutzen. Häufig scheitert es zum Beispiel nur an Transportmöglichkeiten.

Volt setzt sich für den Schutz der Rechte von Arbeitnehmer:innen (auch Teilzeitarbeitnehmer:innen), die Förderung von Gewerkschaftsbildung, die Förderung von Genossenschaften, den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und die europaweite Harmonisierung des Arbeitsrechts ein.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir befürworten „Armutslotsen“ oder ähnliche Stellen in den Kommunen (wie in der VG Simmern-Rheinböllen etabliert) und Beteiligungsformate, die partizipativ mit Betroffenen auch aus ihrer Perspektive Lösungen für strukturelle Probleme erarbeiten. Wir unterstützen Nachbarschaftsinitiativen, die vor Ort armutsbedingte situative Probleme erleichtern oder lösen können.

Wir unterstützen bzw. initiieren Projekte und Kampagnen, die an die Solidarität der Menschen appellieren und arbeiten in verschiedenen Netzwerken mit diesen Zielen mit.

Unser Statement 3.3.

Wir setzen uns für eine umfassende Unterstützung von Menschen in Notlagen ein, einschließlich Obdachlosen, Alleinerziehenden, und Geflüchteten oder anderen Zuwanderern. Nicht flächendeckend sind Strukturen vorhanden, um diesen Menschen angemessene Unterstützung zu bieten.

Wie planen Sie, die Obdachlosigkeit in unserem Landkreis zu bekämpfen und Betroffenen eine sichere Unterkunft anzubieten?

Die Linke

Die Linke vertritt das Konzept des „Housing- First“, das bedeutet, dass betroffenen Menschen kommunaler Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, um sie von dort aus bei der Wiedereingliederung zu unterstützen.

SPD

Für die Bekämpfung von Obdachlosigkeit ist es wichtig einen Überblick über den Stand zu bekommen. Hier setzen wir uns für eine Bestands- und Bedarfsaufnahme ein, um konkrete und Bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zu entwickeln.

Volt

Volt setzt sich für das Konzept Housing First ein und setzt dieses in z. B. dem Frankfurter Römer bereits um. Das Konzept löst das Problem, dass viele Menschen, die obdachlos werden, sich in einer Spirale wiederfinden, aus der sie nicht mehr herauskommen. Für vieles wird eine Adresse benötigt: für die Bewerbung bei einem Job, für die Bewerbung auf eine neue Wohnung, sogar um Wahlunterlagen zugeschickt zu bekommen und damit das Recht auf politische Teilhabe wahrzunehmen. Aber wer den Job verliert und die Miete nicht mehr zahlen kann, plötzlich keine Wohnung mehr hat...

Bei Betroffenen gibt es oft Hemmschwellen, in bestehende Unterkünfte zu gehen, z. B. aus Angst bestohlen zu werden oder den liebsten vierbeinigen Partner nicht mitnehmen zu können. Diese Hemmschwellen sind deutlich niedriger beim Housing First Konzept.

Um diesen Menschen zu helfen, hilft Volt mit der Vermittlung eines ersten Standbeins, einer Wohnung. Mit der Bewältigung aller anderen Probleme wird erst im zweiten Schritt begonnen: möglicher Drogen-Entzug, das Finden eines Jobs. Alles nach dem Motto: Hilfe zur Selbsthilfe. Menschen, die temporär keinen festen Wohnsitz haben, sollten die Möglichkeit erhalten, ein kostenloses Postfach bei der nächstgelegenen Verwaltung in Anspruch zu nehmen, damit zu jedem Zeitpunkt eine Postanschrift vorhanden ist, damit z. B. Rückmeldungen auf Bewerbungen, Briefverkehr mit der Bank, Teilnahme an Wahlen etc. jeder Zeit gesichert sind.

Bündnis 90/Die Grünen

Auch wenn Obdachlosigkeit bei uns „unsichtbarer“ ist als in den großen Städten, ist sie doch vorhanden und es ist wichtig, verbesserte Wohnmöglichkeiten aufzubauen für Obdachlose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen. Zusätzliche Notunterkünfte und Schlafplätze an den Orten, wo Menschen situativ um Unterbringung bitten, sind bereitzustellen aber auch Aufenthaltsmöglichkeiten und sanitäre Einrichtung müssen bereitstehen.

Um präventiv zu arbeiten, ist die Schaffung sozialen Wohnraums bzw. die regelmäßige Anmietung und Instandsetzung von privatem Wohnraum für die Unterbringung von Menschen, die keinen Wohnraum finden, wie z. B. Bürgergeldempfänger:innen und anerkannten Geflüchteten notwendig.

Das mittlerweile bewährte Programm „Housing First“, welches auch in RPL als Modellprojekt gestartet wurde, ist ein sinnvolles Instrument, welches auch bei uns angewendet werden sollte. Von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen brauchen schon früh Unterstützung und Beratungsangebote bei der Wohnungssuche, insbesondere Menschen ohne familiäres oder soziales Netzwerk haben wenig Chancen, eine Wohnung zu finden.

Wir sind für zielgruppenspezifische Unterstützungsangebote, befürworten eine Stelle in der Verwaltung, die zwischen potentiellen Wohnungsgeber:innen und Mieter:innen vermittelt. Bei uns gibt es nach wie vor viel Leerstand, für die Vermarktung muss Überzeugungsarbeit geleistet werden, da kann eine Verwaltung eine akzeptierte Anlaufstelle sein, die gezielte Sensibilisierung und Öffentlichkeitsarbeit betreiben sollte. Mietschuldenhilfen oder eine befristete Mietpreisgarantie kann ein solches Angebot ergänzen.

Wie möchten Sie sicherstellen, dass Flüchtlinge und Asylsuchende angemessene Unterstützung erhalten, um die Chance bekommen, ein Teil unserer Gesellschaft zu werden und ein eigenständiges Leben aufzubauen?

Die Linke

Auf europäischer Ebene will die Linke Seenotrettung öffentlich, verlässlich und legal organisieren. Es braucht verlässliche Asylverfahren, die mit den Menschenrechten und internationalem Recht vereinbar sind. Die Kosten müssen innerhalb der EU fair geteilt werden und Kommunen müssen zusätzliche Gelder erhalten. Wir sind gegen die Bezahlkarte für Geflüchtete. Geflüchtete Menschen müssen eine angemessen bezahlte Arbeit annehmen dürfen.

SPD

Um Menschen Geflüchtete und Asylsuchende zu inkludieren, ist der frühzeitige Zugang zur Gemeinschaft durch Sprache, Arbeit und Teilhabe wichtig. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass diese Menschen frühzeitig Sprachkurse auch mit Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt bekommen, die Verfahren zügig bearbeitet werden und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird. Hier braucht es Anstrengungen auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene. Wir setzen uns dafür ein, dass die Möglichkeit der Einrichtung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft geprüft wird, um bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen.

Volt

In der Asylpolitik benötigen wir dringend einen Perspektivwechsel, weg vom separierenden „wir“ und „die“, hin zum gemeinsamen Miteinander als Menschen auf unserem Planeten. Die derzeitigen Grenzlager sind unmenschlich; Rhein-Hunsrück soll „Sicherer Hafen“ werden! Volt will ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete umsetzen. Volt schließt sich den Forderungen des Initiativausschusses für Migrationspolitik Rheinland-Pfalz an. Um diesen hier zu zitieren:

„Gleichberechtigung der in RLP lebenden Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte; gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt und die Stärkung demokratischer Werte bei Menschen mit und ohne Flucht- oder Migrationsgeschichte“.

Wir wollen den Austausch und Informationstransfer zwischen verschiedenen Akteur*innen fördern, Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie beraten und begleiten, in Gremien der Asyl-, Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit mitarbeiten, Informations-Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit leisten. Volt unterstützt die Forderung nach einer jährlichen Aufnahmequote besonders verletzlicher Geflüchteter aus Erstaufnahmeländern.

Überall werden Menschen für verschiedenste Arbeiten gesucht. Hier kann Arbeit z. B. in Form einer Ausbildung auch bei der Integration von Menschen helfen.

Viele Menschen werden bei ihrer Flucht traumatisiert und sollten niedrigschwellige Beratungsangebote zur Verfügung gestellt bekommen.

Damit sich Menschen in Deutschland willkommen fühlen, wollen wir in Institutionen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen das Bewusstsein für strukturelle Diskriminierung stärken. Dazu sollen Mitarbeiter*innen durch Fortbildungen für strukturelle Diskriminierung und Rassismus sensibilisiert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Die Unterstützung von Geflüchteten und anderen Menschen mit Migrationsgeschichte ist eine Querschnittsaufgabe, der sich auch unserer Landkreis durch den Aufbau von guten Strukturen stellen muss. Um zu wissen, welche Maßnahmen sinnvoll sind, müsste es ein partizipativ mit Betroffenen und unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Gruppen erarbeitetes Integrationskonzept erarbeitet werden. Hierbei muss auch die Geschichte der Migration im Landkreis der letzten Jahrzehnte evaluiert werden, um aus Erfolgen aber auch Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Ebenso unterstützen wir weiterhin die Schaffung einer (hauptamtlichen) Stelle einer oder eines Integrationsbeauftragten.

Insbesondere in den Kommunen muss ein Diskurs über dauerhafte Unterstützungsstrukturen stattfinden, zur sinnvollen Verwendung der Integrationsgelder. Flächendeckend sollte, so wie in anderen Landkreisen und Städten, pro ca 100 Geflüchtete eine Stelle „Soziale Arbeit“ für ihre Betreuung und Integrationsunterstützung geschaffen werden, um die nicht flächendeckend vorhandene ehrenamtlichen Unterstützung nicht zu überfordern.

Wir setzen auf „Begegnung“ um unseren „Neuen Nachbarn“ den Einstieg in unsere Gesellschaft zu erleichtern und fordern eine verlässliche Förderung erfolgreicher Projekte der Integrationsarbeit.

Wir wissen, dass Geflüchtete und andere Migrant:innen ein eigenes Interesse an der Arbeitsmarktintegration haben und fordern weniger Arbeitsverbote, besseren Zugang zum Arbeitsmarkt (aber vorausgehend einen umfassenden Zugang zu Deutschkursen und Bildungsangeboten). Wir sind gegen die diskutierte Arbeitspflicht im Asylverfahren, welches in der Regel nur noch wenige Wochen kurz ist und für die Orientierung bei uns in der Gesellschaft und Vorbereitung der kommenden Lebensphase genutzt werden muss. Freiwillige Arbeitsangebote und Engagement unterstützen dieses Ankommen. Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab, da sich das diskriminierungsfreie und verwaltungstechnisch einfache Einrichten einer Kontokarte bewährt hat und sie auf ein selbstbestimmtes Leben bei uns vorbereitet.

4. Gemeinschaft und Unterstützung

Unser Statement 4.1.

Wir glauben an die Stärkung von Gemeinschaften, in denen sich die Menschen gegenseitig unterstützen und füreinander sorgen.

Wie plant Ihre Partei das soziale Engagement in unseren Gemeinschaften zu fördern, um ein stärkeres Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen?

Die Linke

Die Linke setzt sich für eine Ehrenamtskarte ein, die den Besitzer*innen verschiedene Vergünstigungen sichert.

SPD

Der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wird grundlegend durch das soziale und ehrenamtliche Engagement in den Vereinen und in unseren Dörfern und Städten geprägt. Wir möchten LEADER-Mittel nutzen, damit die einzelnen Initiativen stärker gefördert werden können. Gemeinsam statt einsam muss in unserem Kreis auch weiterhin das Motto sein, damit Gemeinschaft und Zusammenhalt gestärkt wird. Wir unterstützen die Gemeinwesenarbeit in den Dörfern, die für den Zusammenhalt sehr wichtig ist.

Volt

Die Partei Volt plant:

1. Die Schaffung von Freiwilligenagenturen
Die Freiwilligenagenturen helfen in Städten und Gemeinden geeignete Mitwirkungsmöglichkeiten zu finden
2. Unterstützungen von Selbsthilfegruppen
Hier können Menschen, die von ähnlichen Problemen betroffen sind, gemeinsam nach Lösungen suchen
3. Schaffung von Seniorenbüros im Rhein-Hunsrück-Kreis
Es wird für Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, ein Angebot geschaffen, um sich aktiv zu engagieren.
4. Förderprogramme und Fördermittel für soziales Engagement schaffen und unterstützen, aber auch bekannt machen
Beispiel: Legosteine für Barrierefreiheit in Köln.
5. Treffpunkte für Jugendliche ermöglichen
Dabei könnte man auch in einem Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro und Jugendraum kombinieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Die bestehenden Projekte und Initiativen, Vereine und Kampagnen wie das „Solidarisches Miteinander“ stärken unsere Gemeinschaft. Wir arbeiten in solchen Projekten mit, auch an dem sich gründenden „Bündnis für Zusammenhalt und Demokratie“ arbeiten wir aktiv mit.

Wir wissen, dass bürgerschaftliches Engagement die Stütze des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist, dass sich „Ehrenamt“ aber in den vergangenen Jahren verändert hat und dass wir neue Ideen und Strukturen entwickeln müssen. Erfolgreiche Vereine und Projekte haben das bereits erkannt, andere sind nicht mit der Zeit gegangen und brauchen Unterstützung. Darum haben wir uns in der AG Ehrenamt der Kreistags konstruktiv mitgearbeitet und bedauern sehr, dass die anderen Parteien die Weiterarbeit an dem Thema aufgekündigt haben und auf Kreisebene nicht nötig fanden. Wir unterstützen die Einrichtung einer Freiwilligenbörse, Förderung von kreisübergreifenden aber auch lokalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken und Projekten.

Wie möchten Sie lokale Projekte und Initiativen zur Unterstützung älterer und bedürftiger Personen und Familien fördern?

Die Linke

Wir befürworten sehr, dass solche Initiativen finanziell und Infrastrukturell unterstützt werden, beispielsweise durch Raumnutzung in kommunalen Gebäuden.

SPD

Der soziale Zusammenhalt in unserer Gesellschaft wird grundlegend durch das soziale und ehrenamtliche Engagement in den Vereinen und in unseren Dörfern und Städten geprägt. Wir möchten LEADER-Mittel nutzen, damit die einzelnen Initiativen stärker gefördert werden können. Gemeinsam statt einsam muss in unserem Kreis auch weiterhin das Motto sein, damit Gemeinschaft und Zusammenhalt gestärkt wird. Wir unterstützen die Gemeinwesenarbeit in den Dörfern, die für den Zusammenhalt sehr wichtig ist.

Volt

Die Partei Volt möchte

1. Fördermittel auf den unterschiedlichen politischen Ebenen schaffen
2. Mitbestimmung auf kommunaler Ebene erreichen und dadurch zusätzliche Fördermittel schaffen
3. Schaffung lokaler Netzwerke
4. die breite Bevölkerung über soziale Netzwerke, Flyer, Websites über die Möglichkeiten von Initiativen informieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Ein wichtiger Ansatz der bei uns in den Kommunen umgesetzt werden müsste, sind die „Sorgenden Gemeinschaften“, in denen es darum geht, wie unsere Dörfer und Städte aussehen müssen, damit alle Menschen, mit oder ohne Hilfebedarf, dort dauerhaft wohnen können und was die Nachbarn dazu einbringen müssen. In Zeiten von Fachkräftemangel, den wir leider nicht vollumfänglich lösen können, müssen wir die Menschen stärken, die schon jetzt für ältere und bedürftige Personen und Familien fördern.

Für pflegebedürftige Menschen, die oft den monatlichen Entlastungsbeitrag von 125 Euro für ihre Alltagsunterstützung verfallen lassen müssen, da es keine passenden Dienstleister für diese Leistungen gibt, setzen wir auf die Unterstützung des Aufbaus eines Netzwerks von Nachbarschaftshilfe wie es in RLP gefördert wird, um potentielle Anbieter und Hilfennehmer:innen zusammenzubringen.

Unser Statement 4.2.

Wir setzen uns für die Förderung von Nachbarschaftshilfe und gegenseitiger Unterstützung ein, um Menschen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen.

Wie möchte Ihre Partei lokale Initiativen zur Nachbarschaftshilfe und zum Aufbau von Netzwerken unterstützen?

Die Linke

S. 4.1

SPD

Gerade für neue Initiativen ist die Netzwerkarbeit essenziell. Hierbei kann der Kreis durch Beratung neuer Akteure und Vernetzung der schon handelnden Akteure unterstützen. Hierfür unterstützen wir die Einführung einer weiteren GemeindegewerkschaftPlus.

Volt

Volt möchte folgende Initiativen unterstützen:

- Erhöhung der Aufwandsentschädigung von Pflege durch Nachbarschaftshilfe
Hier kann man einen Blick in die Niederlande werfen und sich am Buurtzorg Konzept orientieren.
Die Aufwandsentschädigung von Pflege durch Nachbarschaftshilfe sollte näher an den Pflegesätzen der professionellen Pflegedienste liegen.
Man wirkt gegen den Personalmangel an und verhindert die frühzeitige Trennung sozialer Kontakte. Kostengünstiger ist es immer noch.
- Stärkung der Innenstädte
Wir möchten die Innenstädte stärken. Neben Einzelhandel, Cafés und anderem kommerziellen Bedarf möchten wir Bereiche schaffen, in denen einfach Menschen sich aufhalten und sich treffen können.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir befürworten die Förderung von Nachbarschaftsinitiativen, wie es sie es noch nicht flächendeckend gibt, um Unterstützung und Hilfeleistungen für Betroffene Einkaufsdienste für ältere Menschen oder gemeinsame Freizeitaktivitäten zu organisieren. Außerhalb von Vereinsstrukturen oder Familienverbänden, müssen wir Nachbarschaften an vielen Standorten neue Vernetzungsmöglichkeiten bieten, wie sie etwa durch das landesweite Projekt „Neue Nachbarschaften RLP“ unterstützt werden. Durch Zusammenarbeit mit solchen Projekten können wir die lokale Vernetzung unterstützen und darüber in unserer kommunalpolitischen Arbeit informieren.

Digitale Nachbarschaftsplattformen finden wir zukunftssträchtig und möchten diese fördern und unterstützen. Auch hier kann Unterstützung und Vernetzung stattfinden.

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Solidarität zwischen den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Landkreis zu stärken?

Die Linke

Die Linke versucht die Solidarität der Menschen untereinander argumentativ zu stärken, wir treten ein gegen Ausgrenzung und Rassismus. Eine gerechte Politik ist dringend notwendig, nicht das Auspielen verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

SPD

Gemeinschaft wird gestärkt durch gemeinsame Erfahrungen und Miteinander. Deshalb ist das Miteinander auf den Dörfern und in den Vereinen so entscheidend für unser Zusammenleben. Deswegen ist für uns als SPD die Unterstützung von Dorffesten, Vereinen, Initiativen und des Miteinanders wichtig, damit die Solidarität untereinander gestärkt wird.

Volt

Volt will Mehrgenerationenhäuser unterstützen, in denen verschiedene Menschen generationsübergreifend bei unterschiedlichen Aktivitäten aufeinander treffen können. Werkstätten, Cafés, Bücherverleih, Lagerräume, Multifunktionsräume für z. B. Workshops, Tischtennisplatten, auch Co-Working Spaces können kombiniert werden.

Volt möchte Nachbarschaftsmarktplätze (auch online möglich) schaffen oder unterstützen. Nachbarn bieten Mitmenschen günstige Waren zum Verkauf an. (Schnäppchen für den Nachbarn); Damit werden finanziell schlechter gestellte Menschen unterstützt und eine lokale, nachhaltige Kreislaufwirtschaft eingeführt.

Nachbarschaftsfeste können bei Vernetzung der ansässigen Menschen helfen.

Weiterhin wollen wir Möglichkeiten zur gegenseitigen Hilfe unterstützen, gerade wo das Leisten freiwilliger Hilfe zu rechtlichen Problemen (z.B. Versicherungs- und Haftungsfragen) führen kann. Beispiele wären die fachgerechte Abnahme von gemeinsam, auch in privatem Rahmen, aufgebauten Spielgeräten für Kinder oder auch Regelungen für den kurzfristigen privaten Verleih von Fahrzeugen, z. B. eines Transporters, der einem lokalen Unternehmer gehört, um an einem Wochenende ein zu verschenkendes Möbel in die Wohnung einer bedürftigen Person zu transportieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Viele Menschen leiden (nicht erst seit Corona) unter Einsamkeit. Wir brauchen „Dritte Orte“ in denen Menschen sich begegnen können und sich gegenseitig stärken. Modelle wie Mehrgenerationenhäuser haben sich in anderen Landkreisen bewährt. Wir müssen in allen Verbandsgemeinden analysieren, wie wir Menschen das Gefühl von „Fürsichdasein“ geben können und Anlaufpunkte für gegenseitige Unterstützung und Austausch schaffen. So haben die Betroffenen nicht das Gefühl, alleine gelassen und sein und erleben die Gemeinschaft und die Solidarität.

Weitere Stichworte sind die Förderung Sozialer Projekte, interkultureller Begegnung und der Aufklärungs- und Bildungsarbeit für Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, aber auch Angebote wie ein Solidarfond oder die kostenlosen Angebote des Solidarischen Miteinanders RHK.

Unser Statement 4.3.

Wir unterstützen die Schaffung von Gemeinschaftszentren und sozialen Treffpunkten, die allen Menschen offenstehen und den Austausch und die Zusammenarbeit fördern.

Wie plant Ihre Partei, die Schaffung von Begegnungsorten zu unterstützen und sicherzustellen, dass sie für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sind?

Die Linke

Siehe 4.1

SPD

Damit die Begegnungsorte und Treffpunkte für alle zugänglich sind, sollte bei der Neugestaltung darauf geachtet werden, dass diese barrierefrei zugänglich sind. Auch die bedarfsgerechte Gestaltung der einzelnen Angebote sollte im Fokus stehen. Hierbei kann die Kommune finanziell unterstützen.

Volt

Um die Schaffung von Begegnungsorten zu unterstützen und allen Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen, plant Volt:

Einführung von barrierefreier Mehrgenerationenhäusern, um die Idee der Interaktion und gegenseitige Unterstützung zwischen Jung und Alt wiederzubeleben. Das Förderprogramm für Mehrgenerationenwohnen des Bundesministeriums für Familie, Senioren und Jugend (BMFSFJ) ist ein Modell, das andere Länder prüfen sollten. Es wird mit EU-, Bundes- und kommunalen Mitteln in Form eines Kofinanzierungsmodells umgesetzt. In diesem Rahmen lassen sich auch spezifische Räume (z.B. Jugendräume) integrieren.

Volt möchte in der kommunalen Verwaltung mehr Mitbestimmung durch den Bürger. Dies trägt dazu bei, dass die Begegnungsorte auch den Anforderungen der Menschen entsprechen, die diese Orte später nutzen.

Auch im Freien sollen Parks und Plätze eingerichtet oder ihre Attraktivität gesteigert werden (z.B. durch geeignete Sportgeräte, Trinkbrunnen, offene Toiletten mit Wickelmöglichkeiten).

Bündnis 90/Die Grünen

Wie schon in den vergangenen Jahren werden wir uns weiterhin für die Unterstützung bewährter Begegnungsorte einsetzen und eine qualitätsvolle Weiterentwicklung für unterschiedliche Zielgruppen und Bedarfe fordern. Nicht an allen größeren Orten bei uns im Landkreis gibt es solche Begegnungsorte, wir arbeiten aktiv an der Schaffung solcher Einrichtungen mit.

Welche Angebote und Programme halten Sie für notwendig und unterstützenswert, um die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu erfüllen?

Die Linke

Wir halten den Soziallotsen der VG für unterstützenswert. Den Frauennotruf. Die Kinder- und Jugendhilfe im Kreis, gerade die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Die Begegnungscafés.

SPD

Für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gibt es verschiedene gute Angebote in unserem Kreis. Hierbei sind die Begegnungscafés zu nennen, sowie die Nachmittage für Seniorinnen und Senioren, die Wiederbelebung von Dorfläden, Jugendräume oder die Angebote der einzelnen Vereine auf den Dörfern.

Volt

Volt hält Angebote und Programme, zum Beispiel von folgenden Organisationen, für notwendig und unterstützenswert:

1. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
2. Wegweiser Bürgergesellschaft
3. Engagement Global

Gerne lassen wir uns auf weitere Organisationen und Programme aufmerksam machen.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir verweisen hier u. a. auf unsere Ausführungen oben bzw. auf unserer Webseite.

Unser Statement 4.4.

Wir setzen uns für die Inklusion von Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlichen Bedürfnissen in unsere Gemeinschaften ein.

Wie möchten Sie die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte fördern und sicherstellen, dass sie sich in unseren Gemeinschaften willkommen und unterstützt fühlen?

Die Linke

Durch die Unterstützung der Ehrenamtlichen Helfer*innen auch durch hauptamtliche Kräfte, wir brauchen ein gutes, erreichbarer Angebot an Sprachkursen und Beratung. Die Begegnungsstätten sollen gut unterstützt werden.

SPD

Für uns als SPD ist klar, dass Inklusion nur passieren kann, wenn die unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse von Menschen berücksichtigt werden. Um Menschen mit Migrationsgeschichte zu inkludieren, ist der frühzeitige Zugang zur Gemeinschaft durch Sprache, Arbeit und Teilhabe wichtig. Dieser Zugang muss schon frühzeitig unter anderem durch I-Kräfte in den KiTas und Schulen geschehen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass diese Menschen frühzeitig Sprachkurse zur Verfügung gestellt bekommen, die Verfahren zügig bearbeitet werden und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert wird. Hier braucht es Anstrengungen auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene.

Volt

Aus der Partei Volt ist die Hilfsorganisation "Europe Cares" entstanden. Daher gibt es eine große Überschneidung zwischen den Mitgliedern und vielen Volt-Menschen, die sich selbst aktiv in der Flüchtlingshilfe engagieren.

Folgende Maßnahmen halten wir darüber hinaus für zielführend:

- Austausch und Informationstransfer zwischen haupt- und ehrenamtlichen Akteur*innen verbessern.
- Qualifizierung von haupt- und/oder ehrenamtlich in der Beratung und Begleitung von Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie tätige Menschen.
- Förderung des Austauschs zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Entscheider*innen in den Kommunen und auf Landesebene. In diesem Zusammenhang sollte der Austausch zwischen kommunalen Mandatsträgern mit den Asyl-, Migrations-, Integrations- und Antidiskriminierungsbeauftragten verbessert werden.

Bündnis 90/Die Grünen

Nur mit einem möglichst schnellen Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen kann Integration gelingen. Wir akzeptieren, dass wir eine Migrationsgesellschaft sind und betrachten Zuwanderung als Bereicherung, ohne vor konkreten Problemen die Augen zu verschließen. Wenn wir die Migrationspolitik und die Debatte wieder nach humanen Gesichtspunkten gestalten, von der Bundesebene bis hin in die Kommunen, ermöglichen wir den Betroffenen den nötigen diskriminierungsfreien Zugang.

Dabei setzen wir auf einen verstärkten Ausbau von Deutschkurs-Angeboten vom Moment des Ankommens an. Auch eine angemessene Unterbringung ist wichtig, die keine Barriere für den Kontakt mit den Nachbarn oder z.B. die Eltern befreundeter Kinder darstellt.

Digitale Zugänge in Flüchtlingsunterkünften, Anschluss an den ÖPNV und Zugang zu Bargeld durch die bewährte diskriminierungsfreie Bankkarte verhindern Barrieren bei der Integration.

Wie planen Sie, die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen in unseren Gemeinschaften zu berücksichtigen und die Barrierefreiheit zu verbessern?

Die Linke

Barrierefreiheit ist eine Querschnittsaufgabe, für die Bewusstsein geschaffen und Gelder bereit gestellt werden müssen.

SPD

Menschen mit Behinderung sind Teil unserer Gesellschaft und sollten deswegen auch einen möglichst barrierefreien Zugang haben. Hierzu gehören nicht nur bauliche, sondern auch sprachliche Zugänge. Damit diese umgesetzt werden können, setzen wir uns bei Renovierungen/Sanierungen von kommunalen Gebäuden für einen barrierefreien Zugang ein sowie dafür, dass die Angebote des Kreises (Homepages, Flyer etc) auch in einfacher Sprache verfügbar sind.

Volt

In Deutschland leben 7,8 Millionen schwerbehinderte Menschen (Statistische Bundesamt 2021), die auf Barrierefreiheit warten.

Volt will Reformvorschläge (lt. Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes durch das Institut für Arbeitsrecht -HSI mit der Universität Kassel und dem Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik -ISG) aufgreifen, um Inklusion und Teilhabe in Deutschland voranzubringen.

Bündnis 90/Die Grünen

Barrieren gibt es in öffentlichen Gebäuden und im privaten Wohnen, im ÖPNV, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und vielem mehr, aber auch in unseren Köpfen. Wir wollen kontinuierlich diese Barrieren analysieren und abbauen, denn Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf den Zugang zu einem selbstbestimmten Leben. Dieses sollte so wenig Barrieren wie möglich haben. Wichtig ist für uns die Beteiligung Betroffener an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Wir wollen das Leben für Menschen mit Beeinträchtigungen so gestalten, dass sie gleichberechtigt teilhaben können und unterstützen alle entsprechenden Initiativen und suchen in unserem politischem Engagement proaktiv nach Möglichkeiten für die inklusive Gesellschaft. Dabei ist es wichtig, die Vielfalt der Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Wir setzen uns auch für zusätzliche Online-Angebote der Verwaltungen (als Formular-Download) um Menschen mit Mobilitätseinschränkungen unnötige Fahrten zu ersparen, mehrsprachige Formularangebote für Migrant:innen (wie sie etwa für Menschen aus der Ukraine möglich waren) und Formulare in einfacher Sprache für alle Menschen, die sprachliche oder kognitive Beeinträchtigungen haben.

Unser Statement 4.5.

Wir unterstützen Maßnahmen die älteren Menschen ermöglichen, lange selbstbestimmt leben können und Zugang zur Teilhabe und guter Versorgung haben.

Wie plant Ihre Partei, den Austausch und Unterstützung zwischen den Generationen zu fördern?

Die Linke

S.4.1

SPD

Genauso wie innerhalb der SPD wird das Miteinander der Generationen am Besten durch gemeinsame Aktionen gefördert. Wir setzen uns deshalb für gemeinsames Lernen und die Zusammenarbeit von Generationen in Netzwerken ein.

Volt

Wie bereits dargestellt, setzen wir uns für das Konzept Mehrgenerationenhaus ein. Darüber hinaus möchten wir ältere Menschen dazu einladen, einen Beitrag zur Bildung zu leisten, indem sie in Kindergärten und Schulen Einblicke in ihre Fachgebiete ermöglichen. Gleichzeitig könnten jüngere Menschen zum Beispiel beim Umgang mit dem Smartphone oder anderen technischen Neuerungen Unterstützung leisten. So profitieren alle voneinander.

Bündnis 90/Die Grünen

Wie oben erwähnt setzen wir auf Begegnungsorte, in der sich auch die verschiedenen Generationen begegnen. Daraus entstehen oft Unterstützungsangebote. Nachbarschaftshilfe entsteht in einer Umgebung, wo sich Menschen kennen. Viele Menschen haben keine familiäre Bindungen, die muss durch andere Kontakte ersetzt werden. Projekte wie die Gemeindegewinnung, Nachbarschaftsbusse und vieles andere mehr können wichtige Angebote sein, um in der häuslichen Umgebung zu bleiben.

Wie möchten Sie sicherstellen, dass ältere Menschen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und Zugang zu sozialen Angeboten haben?

Die Linke

Indem die entsprechenden Angebote unterstützt werden, auch infrastrukturell z. B. durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten.

SPD

Unsere alternde Bevölkerung benötigt immer neue Angebote, um den Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Das Menschen im Alter möglichst lange in ihrem Zuhause und ihrem Umfeld bleiben können, ist damit ein Grundstein. Damit das möglich ist, gibt es in unserem Kreis schon verschiedene gute Angebote. Hierzu gehören beispielsweise Angebote der Pflegestützpunkte, des MsfD, der Lebenshilfe, der AWO und der Brücke, aber auch unsere Bürgerbusse und Dorfläden, sowie Angebote vor Ort für Seniorinnen und Senioren. Diese schon bestehenden Angebote gilt es zu erhalten und auszubauen. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Seniorenbeauftragten und -beiräten und werden deren Ressourcen weiterhin sichern sowie die Unterstützung und Begleitung aus Räten und Verwaltung sichern.

Volt

Wir erhoffen uns viel von der Kombination aus Mehrgenerationenhaus und Dorfgemeinschaft bzw. Nachbarschaft. Gleichzeitig sehen wir ein großes Potential in der effizienten Digitalisierung der Verwaltung, da die dadurch frei werdende Personalkapazität teilweise dazu eingesetzt wird, Menschen soziale Angebote und bei der Beantragung sozialer Leistungen zu unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen

Durch die Unterstützung niedrighschwelliger Angebote in Wohnortnähe. In einigen Verbandsgemeinden gibt es nicht mehr flächendeckend Seniorenbeauftragte, das sollte reaktiviert und unterstützt werden, da diese wichtige Angebote machen könnten.

Mobilitätsangebote wie Bürgerbusse, barrierefreie Zugänge (auch im Sinne vom umsteigefreier Busverbindungen) zumindest zum nächsten größeren Ort müssen (wieder) hergestellt werden.

Welche Ideen haben Sie, um den drohenden Pflegenotstand bei uns in der Region zu verhindern?

Die Linke

Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen müssen in kommunale Hand zurück. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sollen keine Gewinne an Aktionäre ausschütten dürfen, das Geld muss zurück in Gesundheit und Pflege fließen. Die EU soll Gelder bereitstellen und Kommunen dabei unterstützen, privatisierte Einrichtungen zu rekommunalisieren.

SPD

Das Fehlen von Fachkräften in der Pflege und Ärztinnen und Ärzten im ländlichen Raum stellt uns alle vor große Herausforderungen in den nächsten Jahren. Auch in diesem Bereich hat der Rhein-Hunsrück-Kreis schon Anstrengungen unternommen. Das Stipendium für Medizinstudierende, das auf unsere Initiative hin eingeführt wurde, muss weitergeführt werden. Ziel ist

es, junge Ärztinnen und Ärzte für eine langfristige berufliche Betätigung bei uns im Kreis zu gewinnen. Für die fehlenden Fachkräfte in der Pflege bedarf es neben mehr Anerkennung und Gehalt für diese Berufsgruppe auch die weitere Möglichkeit Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. So kann dies auch weiterhin durch die Ruanda-Partnerschaft gelingen, die momentan vertieft wird.

Volt

Wir haben folgende Ideen, um den drohenden Pflegenotstand bei uns in der Region zu verhindern:

- Anerkannte Nachbarschaftshilfe
Die Pflege durch Nachbarn, Verwandte oder Bekannte muss mehr gefördert werden.
- Errichtung einer Modellschule
An so einer Modellschule würde Pflege auf hohem Niveau gelehrt, wodurch der Beruf auch gestärkt wird.
- Errichtung neuer Studiengänge
Wir möchten Bachelorstudiengänge in der Alten- und Krankenpflege nach amerikanischem Vorbild als Qualifizierungsmaßnahme einführen.
- Entlastung des Pflegepersonals von administrativen Tätigkeiten
Mit Hilfe von Digitalisierung und durch den Einsatz fachfremden Personals sollen sich die Pflegekräfte stärker auf ihre Kernaufgabe konzentrieren und die Patienten entsprechend besser betreuen können.
- Arbeitsbedingungen verbessern
Indem mehr Stellen besetzt werden und weniger Überstunden notwendig sind, wird der Beruf attraktiver.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir unterstützen alle Projekte der Fachkräftegewinnung. Durch unsere Mitarbeit in der Regionalen Pflegekonferenz und im Demenznetzwerk wissen wir aber: Wir müssen vor allem pflegende Angehörige stärken, vernetzen, schulen und Entlastungs- und Selbsthilfeangebote ermöglichen (s.o.).

Unser Statement 4.6.

Wir glauben an die Stärkung einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft, in der jeder Mensch unabhängig von seiner Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder Identität respektiert und unterstützt wird.

Wie plant Ihre Partei, die Vielfalt in unserem Landkreis aktiv zu fördern und Diskriminierung entgegenzuwirken?

Die Linke

Siehe 4.2:

Die Linke versucht die Solidarität der Menschen untereinander argumentativ zu stärken, wir treten ein gegen Ausgrenzung und Rassismus. Eine gerechte Politik ist dringend notwendig, nicht das Ausspielen verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander.

SPD

Für uns ist klar: unser Landkreis ist vielfältig und die Menschen im Rhein-Hunsrück-Kreis heißen neue Bewohnerinnen und Bewohner unseres Kreises herzlich willkommen. Dies soll auch so bleiben und dafür setzen wir uns ein. Dafür stehen wir klar gegen Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit und setzen bei unserer Politik das Miteinander und Füreinander in den Mittelpunkt.

Volt

Um die Vielfalt in unserem Landkreis zu fördern, plant Volt:

- Unterstützung von Vorhaben, die Hemmschwellen (z.B. zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen oder mit unterschiedlichen Vorstellungen zur sexuellen Identität etc.) abbauen
- Unterstützung von Sprachförderung
- Anerkennung von Festen anderer Religionen
- Wohnsituation möglichst homogen gestalten und Anhäufungen von Menschen einer bestimmten Kultur (wie zum Beispiel bei Flüchtlingsunterkünften) vermeiden
- Flüchtende Menschen möglichst schnell in Vereins- und Berufsleben integrieren

Um der Diskriminierung entgegenzuwirken, plant Volt:

- Ergreifen von Maßnahmen, um das Antidiskriminierungsgesetz umzusetzen
- Schaffung ausreichender Anlaufstellen bei Diskriminierung
- Aufdeckung von Diskriminierungsrisiken von Algorithmen
- Verhinderung von Benachteiligungen bei der Wohnungssuche
- Unterstützung von Projekten gegen Diskriminierung

Bündnis 90/Die Grünen

Wir brauchen Sensibilisierungskampagnen und Aufklärungsarbeit für Vielfalt und Toleranz. Wir müssen vermeiden, diskriminierende Narrative zu bedienen („muslimische Paschas“, „arbeitsunwillige Migrant:innen“ u.v.m.) und statt dessen Vielfalt und Inklusion als positive Motoren unserer Gesellschaft anerkennen. Wir müssen Diskriminierung jeder Art und (strukturellem) Rassismus benennen und ihnen entgegentreten und Unterstützungs- und Beratungsangebote ausbauen. Wir unterstützen interkulturelle Begegnungen und die Stärkung von Migranten und Migrantinnen durch entsprechende Angebote.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Integration von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen zu unterstützen?

Die Linke

Siehe 4.4 und 4.5

SPD

Der Beirat für Migration und Integration ist auf Kreisebene das Gremium, das der erste Ansprechpartner für die angesprochene Thematik ist. Hier sind eine verstärkte Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Austausch wichtig, um die Bedarfe der Menschen mit Migrationshintergrund im Blick zu behalten. Wir wollen das Amt der/des Integrationsbeauftragten wieder besetzen. Zudem unterstützen wir den Ausbau von Sprach- und Integrationskursen. Um die

Integrationsarbeit verbessern zu können, müssen aus Betroffenen Beteiligte werden. Hierbei können hier integrierte Menschen mit Migrationsgeschichte erste Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen für diejenigen werden, die hier im Kreis grade erst ankommen. Zudem müssen die Verfahren zügig bearbeitet werden und der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert. Hier braucht es Anstrengungen auf Bundes-, Landes-, und kommunaler Ebene.

Volt

Wir werden folgende Maßnahmen ergreifen, um die Integration von Menschen verschiedener Herkunft und Kulturen zu unterstützen:

- Schaffung von Begegnungsstätten
Dort können sich Menschen verschiedener Herkunft treffen. Das könnte auch ein Angebot sein, wo Menschen, die in Deutschland schon länger leben, Bürgern, die zu uns gekommen sind, bei Behördengängen und beim Ausfüllen von Formularen helfen.
- Fördern von Veranstaltungen, auch von nichtchristlichen Festen
Kulturfeste und das gemeinsame Feiern der Hochfeste aller Religionen bieten exzellente Möglichkeiten, andere Kulturen kennenzulernen, Gemeinsamkeiten zu finden und Interesse zu wecken.
Wir werden auch nichtchristliche Feste in einen ‚kommunalen Kalender‘ integrieren.

Bündnis 90/Die Grünen

Wir möchten unsere Öffnung unserer Aufnahmegesellschaft durch Begegnung, Interkulturelle Sensibilisierung und Bildung für die Integration bzw. Inklusion aller Menschen unterstützen. Den neu ankommenden Menschen, bzw. den Menschen mit Migrationsgeschichte müssen wir den kostenfreien Zugang zu Deutschkursen und anderen nötigen Förderprogrammen wie etwa Berufsförderprogramme ermöglichen. Dabei berücksichtigen wir auch Betreuungsangebote für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, um alle Erwachsenen zu erreichen. Durch Beratungs- und Unterstützungsangebote für Migrant:innen, aber auch anderer Menschen mit Vermittlungshemmnissen bei der Wohnungssuche und in Alltagsangelegenheiten, verhindern wir größere soziale Verwerfungen. Wir fördern interkulturelle Veranstaltungen und die Begegnungsarbeit und geben so vielen Menschen der Region, die transkulturelle Vielfalt zu erleben. Migrantinnen und Migranten sollen schnell auch Gelegenheit zur (politischen) Partizipation bekommen und an Beteiligungsprojekten (etwa der Entwicklung eines Integrationskonzeptes) aber auch an Gremien und Vereinsarbeit, bzw. der Mitarbeit in zivilgesellschaftlichen Projekten bekommen. Dazu sind politische Bildung und Informationsveranstaltungsangebote zu aktuellen und grundsätzlichen Themen notwendig, die z. B. auch von den „Integrationsgeldern“ gefördert werden sollten.

Wir unterstützen die Bereitstellung von Ressourcen und Infrastruktur für Migrant:innen Selbstorganisationen und Unterstützerguppen und Projekte, die sich für Migrant:innen einsetzen, bzw. die gemeinsam mit diesen arbeiten.